

Bei der IOC-Tagung Mitte September 1998 in Seoul stellte China nun erneut den Antrag, die Sommerspiele im Jahre 2008 entweder in Beijing oder in Shanghai zu organisieren. -we-

9 Übergriffe gegen Auslandschinesen in Indonesien

Fast drei Monate hat die Beijing-Regierung sich Zeit gelassen, ehe sie auf die Mai-Übergriffe gegen die Auslandschinesen in Indonesien reagierte. Diese „allzu weiche“ Haltung hat zu Demonstrationen der Studenten – und indirekt auch zu regierungsfeindlichen Äußerungen – geführt (näheres dazu Thema im vorliegenden Heft). -we-

Innenpolitik

10 Starke Zunahme lokaler Unruhen

Mit den wachsenden sozialen Verwerfungen infolge der Reformpolitik und der Dämpfung des Wirtschaftswachstums in den letzten Jahren hat die Zahl der lokalen Unruhen und Proteste stark zugenommen. 1997 soll es allein in ländlichen Gebieten zu mehr als 10.000 Vorfällen gekommen sein, in denen Bauern gegen örtliche Mißstände und Verwaltungsentscheidungen protestierten. Die Vorfälle fanden zwar überwiegend auf der Dorfebene statt und gingen in keinem Fall über die Ebene der Kreisregierung hinaus. Dennoch sieht die Zentralregierung in Beijing darin ein beunruhigendes Zeichen für die soziale Lage in China.

Im September kam es auch in einer Vielzahl von Städten zu Protestaktionen, die ein breites Spektrum von Mißständen und Verwaltungsentscheidungen zum Gegenstand hatten: Rückstände bei der Auszahlung von Löhnen und Pensionen in defizitären Staatsunternehmen, Verlust von Arbeitsplätzen und Investitionsanlagen durch manipulativ herbeigeführte Unternehmenskonkurrenz, restriktive lokale Regelungen gegenüber dem Kleingewerbe, unzureichende Entschädigungszahlungen für

im Rahmen von Immobilienprojekten aufgegebenes Ackerland.

Im Laufe der Proteste wird immer eindringlicher und verzweifelter auf Manipulationen durch korrupte lokale Verwaltungsfunktionäre, Unternehmensleiter und Polizeichefs hingewiesen. Während einer Arbeiterdemonstration in Dujiangyan (Provinz Sichuan, Nähe Chengdu) wurde der Unmut besonders deutlich artikuliert: „In den letzten 15 Jahren haben sie [die Fabrikdirektoren] nichts getan, außer die [Vermögenswerte der] Fabrik schrittweise zu verscherbeln. Sie wurden dadurch immer reicher, während wir nicht einmal unsere Grundlöhne ausbezahlt bekamen.“ „Sie leben in Villen mit kugelsicherem Glas, fahren tolle Autos und vergnügen sich in Nachtclubs mit Frauen. Wir aber können es uns nicht einmal leisten, uns ordentlich zu ernähren.“ (SCMP, 8./19./29./30.9. sowie 2./16.10.1998)

Die von der „räuberischen“ Korruption insbesondere unter lokalen Partei- und Verwaltungsfunktionären ausgelösten sozialen Spannungen haben aufgrund des verlangsamten wirtschaftlichen Wachstums in diesem Jahr an Virulenz gewonnen. Dies kommt auch in den jüngsten Deklarationen chinesischer Dissidenten zur sozialen Frage zum Ausdruck (siehe Thema „Chinas Dissidenten formieren sich neu“). Das allgegenwärtige politisch-wirtschaftliche Korruptionsgeflecht zersetzt zusehends die Regeln des staatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens und trifft gesellschaftliche Gruppen besonders hart, die über keine politischen Verbindungen verfügen und lokalen Funktionären nichts an materieller Gratifikation bieten können.

Die Partei- und Regierungszentrale hat vor diesem Hintergrund im September eine Direktive zur Behandlung von lokalen Unruhen in Umlauf gebracht. Richtlinie für die Behandlung von Protesten seien „Lenkung, Schlichtung und Differenzierung“. Um eine Ausweitung punktueller Konflikte und Unruhen zu verhindern, müßten Proteste beispielsweise in verschiedenen Unternehmen strikt auseinandergehalten werden. Soziale Proteste sollen nicht gewaltsam unterdrückt werden, sondern durch Lenkung und Schlichtung eingedämmt und beendet werden. Die konkreten Probleme sollen durch kurzfristige Bereitstellung

von Finanzhilfen und Sicherstellung eines minimalen Lebensstandards für betroffene soziale Gruppen angegangen werden. Lediglich diejenigen unter den Demonstranten, die zu regierungsfeindlichen gewaltsamen Aktionen aufwiegeln, sollen mit aller Härte verfolgt werden. (*Ming Pao*, Hongkong, 3.9.1998, nach SWB, 5.9.1998; SCMP, 11.9.1998) -hei-

11 Jiang Zemin über weitere Demokratisierungsschritte

Während einer einwöchigen Inspektionsreise in der Provinz Anhui hat der chinesische Staats- und Parteichef Jiang Zemin sich verhalten über die Perspektiven einer Ausweitung von Wahlvorgängen auf den unteren Verwaltungsebenen geäußert. Weitere Demokratisierungsschritte würden nur nach und nach und stets unter der Kontrolle der Kommunistischen Partei unternommen. (SCMP, 28./30.9.1998)

Im Juni hatte Jiang Zemin dem amerikanischen Präsidenten Clinton gegenüber vertraulich geäußert, daß Chinas Führung umfassende politische Reformen für die Jahre nach der Jahrtausendwende ins Auge faßte: allgemeine politische Liberalisierungsschritte, größere Toleranz gegenüber politischen Kritikern, eine Ausweitung von Wahlvorgängen, eine Vereinfachung der Gründung von gesellschaftlichen Vereinigungen sowie eine Lockerung des staatlichen Medienmonopols. Clinton hatte daraufhin während einer Pressekonferenz in Hongkong die visionäre Kraft Jangs gepriesen (siehe C.a. 1998/7, S.677-678). Aufgrund des gewachsenen innenpolitischen Problemdrucks scheint Jiang jedoch zumindest vorerst von seinen Liberalisierungsvorhaben Abstand genommen zu haben. -hei-

12 Jiang Zemin und Dalai Lama signalisieren Gesprächsbereitschaft – Das Tibet-Engagement der CIA

Während des Staatsbesuchs des französischen Premiers Jospin, der dem chinesischen Präsidenten eine Nachricht des Dalai Lama übermittelte, hat Jiang Zemin die Vorbedingungen für eine Begegnung mit dem Dalai Lama nochmals verdeutlicht. (SCMP, 26.9.1998) Jiang sagte, daß der Dalai Lama die Souveränität Chinas über Tibet anerkennen müsse und sich wei-

terer Besuche in Taiwan enthalten müsse. Der Dalai Lama hatte Taiwan zuletzt 1997 besucht, aber jüngst eine weitere Reise dorthin kurzfristig abgesagt, um die Chancen eines direkten Dialogs mit Beijing nicht zu gefährden (siehe C.a. 1998/6, S.593).

Mitte September sind zwei Tibeter, die offenbar als chinesische Spione Erkenntnisse am indischen Exilsitz des Dalai Lama in Dharamsala (480 Kilometer nördlich von New Delhi) sammelten, von den indischen Sicherheitskräften festgenommen worden. Die beiden Dreißigjährigen, die einer 1996 vom Dalai Lama verbotenen, rivalisierenden Sekte angehören sollen, waren nach Auskünften der indischen Behörden von der chinesischen Volksbefreiungsarmee ausgebildet worden. Der Personenschutz des Dalai Lama war bereits Anfang des Jahres verstärkt worden, weil Anschläge von rivalisierenden Gruppierungen in der tibetischen Exilgemeinde befürchtet worden waren. (SCMP, 17.9.1998)

In die Geschichte der Verbindungen zwischen amerikanischer CIA und tibetischer Exilbewegung (nach der Flucht des Dalai Lama aus Tibet 1959) ist durch jüngst freigegebene historische Dokumente der CIA neues Licht gekommen. (IHT, 16.9.1998; Itar-Tass, 2.10.1998, nach SWB, 6.10.1998) Demzufolge erhielt die Exilbewegung in den sechziger Jahren durchschnittlich 1,7 Mio. US-Dollar an finanzieller Unterstützung durch die CIA. Unter anderem wurden damals 2.100 tibetische Guerillakämpfer in Lagern in Nepal und in Colorado ausgebildet. Die amerikanische Unterstützung war Teil einer internationalen Strategie zur Schwächung kommunistischer Herrschaftssysteme durch eine breite Förderung antikommunistischer Widerstandsbewegungen.

Mit der Entspannung in den amerikanisch-chinesischen Beziehungen Anfang der siebziger Jahre stellte die CIA ihre Finanz- und Ausbildungshilfe ein. Auch scheint die Kooperation im Bereich der Spionage- und Kampfausbildung nicht besonders erfolgreich verlaufen zu sein. Ein CIA-Beamter schrieb in einem Bericht: „The Tibetans by nature did not appear to be congenitally inclined toward conspiratorial proficiency“. Bis heute allerdings unterstützen andere amerikanische Regierungsstellen die Exilbewegung des Dalai Lama, was von chine-

sischer Seite als Beleg dafür gewertet wird, daß der Dalai Lama ein „Agent ausländischer feindlicher Kräfte“ sei, die auf eine Abspaltung Tibets von China hinarbeiteten. -hei-

13 Zahl der Hinrichtungen geht zurück – Kampagne „Hart zuschlagen“ wird fortgeführt

Nach Erkenntnissen von Amnesty International ist die Zahl der in der VR China vollstreckten und im Ausland registrierten Hinrichtungen 1997 (1.876 Exekutionen) gegenüber 1996 (4.367) drastisch gesunken. Die Verringerung wurde auch von einem Richter des Obersten Volksgerichtes bestätigt, der von einem beachtlichen Rückgang an Todesurteilen und Exekutionen sprach. (SCMP, 4./9.9.1998) Der Rückgang wird auf neue interne Verfahrens- und Urteilsrichtlinien für die chinesischen Gerichte sowie auf die umfassende Novellierung des chinesischen Strafgesetzes im letzten Jahr zurückgeführt. Mit Wirkung vom 1. Oktober 1997 war die Verhängung der Todesstrafe bei Diebstahlsdelikten, die einen großen Teil der Strafsachen ausmachen, deutlich eingeschränkt worden.

Im Jahre 1996 war mit Beginn der Kampagne „Hart zuschlagen“, die insbesondere der Bekämpfung von Gewalt- und Schwerstkriminalität dienen sollte, ein sprunghafter Anstieg von Todesurteilen und Exekutionen zu verzeichnen gewesen (siehe C.a. 1996/5, S.477, 1997/8, S.739 und 1997/9, S.839). 1997 ging die Zahl der Todesurteile und Hinrichtungen wieder auf das Niveau der Jahre vor 1996 zurück.

Im September rief jedoch Luo Gan, der in der Parteispitze mit Sicherheits-, Justiz- und Polizeiangelegenheiten betraut ist und der ZK-Kommission für Politik und Recht vorsteht, zur Fortführung der Kampagne „Hart zuschlagen“ und insbesondere des Kampfes gegen die Gewaltkriminalität auf. (XNA, 11.9.1998) Die Sicherheitslage habe sich zwar in vielen Landesteilen verbessert. In einigen Regionen aber sei weiterhin ein Anstieg der Schwerstkriminalität zu verzeichnen, der nicht hingenommen werden könne. -hei-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

14 Einweihung der neuen Zhejiang-Universität

Am 15. September 1998 wurde die neue Zhejiang-Universität, die ein Zusammenschluß von vier in Hangzhou angesiedelten Universitäten und Hochschulen ist, offiziell eingeweiht. Zum Festakt anläßlich der Neueröffnung waren zahlreiche Politiker erschienen, darunter der stellvertretende Ministerpräsident Li Lanqing und Bildungsministerin Chen Zhili. Die neue Universität ist aus der Zusammenlegung der bisherigen Zhejiang-Universität, der Universität Hangzhou, der Landwirtschaftlichen Hochschule Zhejiang und der Medizinischen Hochschule Zhejiang hervorgegangen. Sie untersteht dem Bildungsministerium der Zentralregierung, wird aber gemeinsam von diesem und der Provinzregierung Zhejiang verwaltet, d.h. bei wichtigen Dingen wird die Zentrale eingeschaltet, während für die Routinearbeit die Provinzregierung zuständig ist. Durch den Zusammenschluß ist die Universität, gemessen an der Zahl der Fakultäten, zur größten Universität des Landes geworden. Sie umfaßt jetzt elf Fakultäten (Philosophie, Literatur, Geschichte, Pädagogik, Naturwissenschaften, Wirtschaftswissenschaft, Jura, Management, Technik, Landwirtschaft, Medizin; lediglich Militärwissenschaft ist nicht vertreten). Im einzelnen gibt es an diesen elf Fakultäten 145 Fächer für das vierjährige Grundstudium, 192 Fächer für ein Magisterstudium, 124 Fächer für ein Doktorandenstudium und 12 Post-Doc-Programme. Die Zahl der eingeschriebenen Studenten beträgt rund 30.000, darunter rund 5.000 Postgraduierte und gut 300 ausländische Studenten. Zum Lehrkörper zählen u.a. 800 Professoren und 1.600 Assistenzprofessoren. (RMRB, GMRB, 16.9.98)

Die Zusammenlegung von Hochschulen ist Teil der Hochschulreform der neunziger Jahre. In den vergangenen Jahren ist es bereits zu mehreren Hochschulzusammenschlüssen gekom-